

Ratsreport – Oktober 2024

Stadion: Fraktion stimmt Finanzierung zu



Der Ball bleibt im Spiel: Die CDU-Fraktion hat sich für eine Obergrenze beim Stadionbau an der Maastrichter Straße eingesetzt. Bild: Oliver Bloch

Die CDU-Fraktion hat der Finanzierung des geplanten Stadionneubaus in Oldenburg zugestimmt, dabei aber eine rote Linie bei den Baukosten eingezogen. Im Ratsbeschluss vom 28. Oktober ist somit eine finanzielle Obergrenze festgeschrieben worden. „Die Summe von 55,44 Millionen Euro ist für uns eine rote Linie, die am Ende nicht überschritten werden darf“, sagte der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak.

Die Zahl ergibt sich aus dem Gutachten zur Finanzierung vom März 2024. Darin war für ein 10.000 Zuschauer fassendes Stadion eine Investitionssumme von rund 50,4 Millionen Euro veranschlagt worden. Somit hat der Ratsbeschluss im April dieses Jahres den finanziellen Rahmen klar vorgegeben, zu dem die CDU-Fraktion weiterhin steht – eine zehnprozentige Kostensteigerung eingepreist

Teil des Beschlusses ist auf CDU-Initiative auch die enge Einbindung des Stadtrates bei der Auftragsvergabe. Demnach bleibt es dem Rat weiterhin vorbehalten, die Beauftragung eines Totalunternehmers abzulehnen, wenn die Kalkulation von 50,4 Millionen Euro um mehr als zehn Prozent nach oben abweicht, also die Grenze von 55,44 Millionen Euro übersteigt.

„In dem Fall werden wir als CDU die Reißleine ziehen, damit die Kosten für das Projekt nicht aus dem Ruder laufen. Das ergibt sich aus unserer finanzpolitischen Verantwortung für die Stadt“, begründete Baak im Hinblick auf steigende Haushaltsdefizite.

Umstritten bleibt weiterhin auch der Einsatz von städtischem Eigenkapital in Höhe von 15 Millionen Euro. Denn das sollte laut Ratsbeschluss vom April bei der Stadionfinanzierung unangetastet bleiben. Die Kommunalaufsicht des Landes Niedersachsen hatte allerdings den Zugriff auf die Rücklagen gefordert, um die städtische Kreditbürgschaft zu reduzieren. Aufgrund der geänderten Situation hatte die CDU-Fraktion in der September-Sitzung des Rates eine Vertagung der Entscheidung beantragt und Nachbesserungen gefordert.

Laut überarbeiteter Verwaltungsvorlage sollen nun mögliche Überschüsse der Stadiongeseellschaft aus dem späteren Betrieb an den städtischen Haushalt zurückgeführt werden können.

„Diesen Kompromiss tragen wir mit und gehen davon aus, dass das Stadion an der Maastrichter Straße auf dieser Grundlage gebaut werden kann“, sagte die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann: „Wir werden damit unserer finanzpolitischen Verantwortung gerecht und enttäuschen auch die Oldenburger Fußballfans nicht.“

Viel Lärm um Tempo 30 – CDU lehnt Beschluss ab



Tempo 30 vor Schulen oder anderen sensiblen Einrichtung ist an Hauptstraßen bereits möglich. Archivbild: Bloch

Gegen die Einführung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen hat sich die CDU-Fraktion in der September-Sitzung des Rates ausgesprochen. Die Regelung ist zentraler Bestandteil bei der Fortschreibung des Lärmaktionsplans, die mehrheitlich beschlossen wurde. „Der Wunsch nach Reduzierung von Verkehrslärm ist natürlich verständlich und nachvollziehbar. Denn Lärm belastet das Wohlbefinden und kann auf Dauer krankmachen“, zeigte die umweltpolitische Sprecherin der Fraktion, Barbara Woltmann, Verständnis für das Grundanliegen. Zudem sei die Stadt verpflichtet, einen Lärmaktionsplan aufzustellen bzw. fortzuschreiben.

2

Umstritten sei jedoch, ob die Tempo-30-Lösung der richtige Weg zum Ziel ist. Die von der Stadt vorgelegten Berechnungen kommen zu einer Lärminderung von 2,5 bis 3,5 Dezibel. Das sei für das menschliche Gehör zumindest im unteren Bereich kaum wahrnehmbar, was auch von wissenschaftlicher Seite zu bedenken gegeben worden sei. „Der womöglich geringen Wirkung beim Lärmschutz stehen jedoch gravierende Eingriffe in den Straßenverkehr gegenüber“, erläuterte Woltmann und verwies auf die Bedenken der Industrie- und Handelskammer.

Die IHK warnt vor einer Verschlechterung der Innenstadt-Erreichbarkeit mit erheblichen Folgen für den Einzelhandel und seine Kunden. „Denn Oldenburg ist als Oberzentrum auf leistungsfähige Ein- und Ausfallstraßen angewiesen“, begründete Woltmann. Auch die VWG habe vor der Entscheidung auf drohende Verkehrsbehinderungen und höhere Kosten wegen Tempo 30 hingewiesen, auch wenn die Regelung im Zuge des Fahrplanwechsels Ende 2025 eingeführt werden solle.

„Warum ignorieren Sie diese Warnungen“, fragte Woltmann Richtung Ratsmehrheit und betonte: „Tempo 30 auf Hauptstraßen plus überhöhte Parkgebühren und ein geschwächtes Busnetz bilden eine riskante Mischung.“

Stadtentwicklungskonzept: Fraktion setzt eigene Akzente

„Zukunft Oldenburg 2050“: Unter dieser Überschrift steht das Integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK, das der Rat Ende September beschlossen hat. Es enthält zahlreiche Visionen, Ambitionen und Missionen, teils sehr anspruchsvoll, teils sehr allgemein formuliert. Unter anderem ist die Rede von einer nachhaltigen Wirtschaft und Grundlagen nachhaltigen Wohlstands, was unstrittig ist.

„Doch an vielen Stellen werden die Weichen in die falsche Richtung gestellt und da müssen wir vorsichtig sein“, begründete der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak die Ablehnung der CDU. Statt jedoch nur „nein“ zu sagen, haben sich Fraktion und Partei vorab intensiv mit dem ISEK beschäftigt und einen eigenen Entwurf erarbeitet. Dabei wurde der Bereich „Sicherheit und Ordnung“ als zusätzliches Kapitel aufgenommen. „Das bewegt die Menschen aktuell wie kein zweites Thema und fehlt im Verwaltungsentwurf komplett“, sagte Baak.

Nachgeschärft hat die Fraktion auch bei den Themen Wirtschaft, berufliche Bildung und Stärkung des Ehrenamtes sowie des bürgerschaftlichen Engagements und hinsichtlich der individuellen Mobilität. Auch wenn der Gegenentwurf der CDU letztlich abgelehnt wurde, gab es im Rat von anderen Fraktionen Anerkennung für den detaillierten Vorschlag, betonte Baak: „Wir haben damit zum Nachdenken angeregt.“

Dreifeldhalle Fliegerhorst bleibt Thema

3



Zu einem lebenswerten Stadtteil gehören auch attraktive Sportstätten.
Archivbild: CDU-Fraktion

Der Vorschlag der Fraktion für den Bau einer Dreifeldsporthalle auf dem Fliegerhorst ist auch bei den anderen Fraktionen grundsätzlich auf Zustimmung gestoßen. Nicht nachvollziehbar ist daher aus CDU-Sicht die eher ablehnende Haltung der Verwaltung mit dem Hinweis auf den angeblich nicht zentral genug gelegenen Standort.

„Auf dem Fliegerhorst entsteht ein neuer Stadtteil mit rund 3000 Menschen. Jetzt haben wir die Chance, langfristig zu denken und sollten diese auch ergreifen“, forderte CDU-Ratsfrau und Sportausschussvorsitzende Petra Averbek. Die Verwaltung hingegen betrachtet die geplante Einfeldhalle für die künftige Grundschule als ausreichend,

ohne den Bedarf der Sportvereine im Stadtnorden angemessen zu berücksichtigen. Gleichzeitig wird jedoch eine spätere, dann allerdings mutmaßlich teurere, Erweiterung nicht ausgeschlossen. „Im Hinblick auf die jetzt schon knapp bemessenen Hallenzeiten erschließt sich das nicht“, sagte Averbek. Auch der Stadtsportbund sieht grundsätzlichen Bedarf, will aber die weitere Entwicklung auf dem Fliegerhorstquartier abwarten.

Somit wurde der Antrag vertagt und soll im Sommer 2025 erneut beraten werden.